



5/2022-1

Fachgruppe Integrierte Gesamt- schulen

in Kooperation mit der
Fachgruppe BBS

Text:

Christiane Herz
Andreas Mertens

Gewerkschaft
Erziehung und Wissenschaft
Rheinland-Pfalz
Martinsstraße 17
55116 Mainz

Telefon: 06131 28988-0
Fax: 06131 28988-80
E-Mail: gew@gew-rlp.de

www.gew-rlp.de
www.facebook.com/GEW.RLP
twitter.com/gew_rlp



Informationen und Positionen GEW Landesfachgruppe IGS Mai 2022



Die Mehrarbeitsdebatte – Mut zur Ehrlichkeit

Das Verschleiern von Lücken in der Personalversorgung durch die permanente Anordnung von Überstunden und Mehrarbeit ist für Kollegium, Schulleitung und Schüler:innen von Nachteil.

Seit längerem und immer noch stehen viele Kollegien und ÖPR im Prozess, bestehende Vertretungskonzepte an ihren Schulen zu aktualisieren oder erstmalig solche zu erstellen. Dabei kann es auch zu Konflikten kommen. **Leider passiert es nicht selten, dass sich ÖPR und Schulleitung als Parteien mit unterschiedlichen Interessen und Interpretationen der VV-Mehrarbeit gegenüberstehen, statt gemeinsam an einem Vertretungskonzept zu arbeiten, das der Schulgemeinschaft als Ganzes zugutekommt.**

Die vollumfängliche Ausweisung von Lücken in der Personaldecke einer Schule bildet die Grundlage für Schulleitung und ADD, eine Schule personell auszustatten. Davon profitieren Kollegium, Schulleitung, Schüler:innen und Eltern gleichermaßen.

Nicht nur durch Mehrarbeit und Überstunden werden Versorgungslücken versteckt, auch durch eigenständiges Arbeiten von Lerngruppen, Mitführung und Aufteilung. Hier fällt defacto Unterricht aus, wird aber als gehalten in der Statistik verbucht. Dadurch fällt die Unterrichtsversorgung der Schule deutlich besser aus, als sie tatsächlich ist.

Wir appellieren an die Kollegien, Schulleitungen und ÖPR, die tatsächliche Unterrichtsversorgung der eigenen Schule offen und ehrlich nach außen zu geben. Nur wo Bedarfe kenntlich gemacht werden, kann die Landesregierung mit zusätzlichen Ressourcen nachsteuern.

Die korrekte Umsetzung der VV-Mehrarbeit und vollumfängliche Abrechnung bzw. Ausgleich von Mehrarbeit und Überstunden muss das gemeinsame Ziel von ÖPR und Schulleitung sein. Nur so kann die eigene Schule und das gesamte Bildungssystem profitieren.

Berechnungen der GEW zeigen, dass durch Mehrarbeit und Überstunden zahlreiche Planstellen ersetzt werden, die somit an den Schulen fehlen, dort aber dringend gebraucht würden.

Die GEW fordert schon seit langem eine 105% Versorgung von Schulen, um eine Vertretungsreserve aufbauen zu können.

Die GEW bietet zahlreiche Materialien und Beratung vor Ort zur Erstellung von Vertretungskonzepten und Dienstvereinbarungen zum Umgang mit Mehrarbeit und Überstunden.

Gedanken über eine veränderte Gymnasiale Oberstufe an IGS

Die gesellschaftlichen Aufgaben, die von den Schulen und somit auch von den Integrierten Gesamtschulen im Land geleistet werden müssen, nehmen immer mehr zu. Auch in den gymnasialen Oberstufen der IGS zeigt sich deutlich die Problemlage, da hier Schüler:innen aus IGS, Gymnasien und Realschulen Plus mit ganz unterschiedlichen Lernvoraussetzungen integriert werden. Im Rahmen der zeitlich gedrängten gymnasialen Oberstufe kann aufgrund der Stofffülle und der Leistungsanforderungen auf diese Situation im vorgegebenen Zeitrahmen häufig nicht adäquat reagiert werden.

Die Fachgruppe IGS der GEW Rheinland-Pfalz schlägt im Rahmen der „Schule der Zukunft“ vor, dass die Integrierten Gesamtschulen die Möglichkeit erhalten, entweder eine dreimonatige Eingangsphase zu Beginn der Jahrgangsstufe 11 oder modular verteilte Phasen von insgesamt drei Monaten in unterschiedlichen Jahrgängen einführen zu können.

Für die Ausgestaltung dieser Phasen sollten die IGS individuelle Modelle entwickeln können, um die 2,5-jährige gymnasiale Oberstufe sinnvoll und unterstützend zu ergänzen. Das Abitur an der gymnasialen Oberstufe der IGS könnte dann zum gleichen Zeitpunkt wie an den G8-Gymnasien und beruflichen Gymnasien absolviert werden. Für die ergänzenden Phasen wären mannigfache Projekte vorstellbar (Anregungen finden sich in dem Buch „Die flexible Oberstufe – Wie Schulen Freiräume schaffen und nutzen können“ aus dem Beltz-Verlag). Die für die Schule jeweils passenden Konzepte sollten unter Beteiligung von Schüler:innen und Lehrkräften entwickelt werden können.

Krieg in der Ukraine: Aufnahme von geflüchteten Schüler:innen

Die Zahl der ukrainischen Schüler:innen, die an rheinland-pfälzischen Schulen aufgenommen werden, steigt kontinuierlich an. Es ist selbstredend, dass allen Kindern und Jugendlichen, die zu uns kommen, Schulplätze und Unterstützung auf allen Ebenen angeboten werden müssen.

Wird seitens des Ministeriums jetzt an das Engagement und das Durchhaltevermögen der Kolleginnen und Kollegen appelliert, so brauchen die Schulen deshalb nun mehr denn je die volle politische Unterstützung. Auch bedarf es zusätzlicher personeller Ressourcen, um diese Herausforderung nun adäquat angehen zu können. So werden ad hoc multiprofessionelle Teams sowie zusätzliches Personal benötigt, zudem bedarf es zusätzlicher Lehrkräfte für „Deutsch als Zweit-/Fremdsprache“ (DaZ/DaF) sowie Sprachförderlehrkräfte.

Auch sind umfangreiche Angebote für Lehrkräfte und Beschäftigte nötig, um die Geflüchteten bei der Bewältigung der Traumata und ihrer Integration zu unterstützen und zu begleiten. Hier sind sicherlich das Pädagogische Landesinstitut, das eine Fülle von Materialien und Angeboten zusammengestellt hat, sowie die Schulpsychologischen Beratungszentren mögliche Ansprechpartner.

Die GEW fordert eine rechtzeitige Ressourcenplanung, damit auf diverse Szenarien der künftigen Entwicklung rasch und vorhersehbar reagiert werden kann. Wir sind sicher, dass die rheinland-pfälzischen Kolleg:innen alles in ihrer Kraft Stehende tun wollen, um den ukrainischen Kindern, Jugendlichen und jungen Erwachsenen in dieser Krisensituation zu helfen. Aber wir können nicht dauerhaft über unsere Belastungsgrenzen gehen. Trotz aller akuten Notlagen gilt es, auch Entlastung bzw. Kompensationsinstrumente anzudenken, die zumindest perspektivisch umgesetzt werden sollten.

GEW-Forderung auf dem Weg zur Umsetzung:

Land ebnet Weg zum Erhalt einer Bildschirmarbeitsplatzbrille

Lehrkräfte, die eine Bildschirmarbeitsplatzbrille benötigen, werden sich demnächst bei der ADD melden können, damit diese die Kolleg:innen dann zum IfL zur Bildschirmarbeitsplatz-Vorsorge, die in einem ersten Schritt telemedizinisch stattfinden soll, weiterleiten kann. Ein dort erstellter Arztbrief dient zur Vorlage bei der ADD, welche daraufhin einen Bestellschein für eine Brille beim Optiker ausfertigt, die Rechnung soll durch das Land beglichen werden. Zunächst soll das Ganze als Pilotphase an wenigen ausgewählten Schulen starten. Wenn auch das Verfahren nicht sofort Rheinland-Pfalzweit eingeführt wird, insgesamt sehr bürokratisch erscheint und die Höhe der Erstattung abzuwarten bleibt, so sehen wir es zumindest als einen Teilerfolg für die Gesunderhaltung der Lehrkräfte!

GEW Rheinland-Pfalz fordert die Rückkehr zur früheren Ferienregelung

Derzeit gibt es im Bildungsministerium Überlegungen, die aktuell gültige Ferienregelung zum Schuljahr 2025/26 wieder zu überarbeiten. Insbesondere die Erfahrungen mit den vergangenen, viel zu kurzen Weihnachtsferien haben gezeigt, dass die derzeitige Regelung sowohl für Schüler:innen als auch für Lehrkräfte eine große Belastung darstellt. Die GEW fordert, zu der bewährten Ferienregelung mit jeweils zweiwöchigen Ferien im Herbst, an Weihnachten und an Ostern zurückzukehren.

Wir freuen uns über Anregungen, Rückmeldungen und Mitgestaltung, denn nur GEMEINSAM SIND WIR IGS

Christiane Herz, Andreas Gerdon und Christine Dietrich
(für die Fachgruppe IGS)

Mehr über uns und unsere Positionen erfahren Sie auf

<https://www.gew-rlp.de/vorstandsbereiche-fachgruppen/fg-integrierte-gesamtschulen/>



**Gewerkschaft
Erziehung und Wissenschaft
Rheinland-Pfalz**

Martinsstraße 17
55116 Mainz

Telefon: 06131 28988-0
Fax: 06131 28988-80
E-Mail: gew@gew-rlp.de

www.gew-rlp.de
www.facebook.com/GEW.RLP
twitter.com/gew_rlp